

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: EG-USA - US-Haushalt - IWF-
Jahrestagung - Polen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1982) : Kurz kommentiert: EG-USA - US-Haushalt - IWF-Jahrestagung - Polen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 9, pp. 422-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135715>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EG-USA

Geringeres Übel

Die amerikanische Stahlindustrie weigert sich beharrlich, den von der EG-Kommission und der US-Regierung im zweiten Anlauf gefundenen Selbstbeschränkungskompromiß zu akzeptieren, nach dem sich der EG-Anteil am US-Markt bei elf Stahlerzeugnissen von bisher 6,4 auf 5,75 % verringern würde. Statt dessen besteht sie auf der Erhebung von Antidumping- und Ausgleichszöllen. Diese sind allerdings im Vergleich zu den im Juni bekanntgegebenen Margen zum Teil erheblich reduziert worden. So ist z. B. nur noch ein deutsches Unternehmen, Röchling Burbach, betroffen, und der Ausgleichszoll für diese Firma ermäßigte sich von 8 auf bescheidene 1,13 %. Die British Steel Corp., die ursprünglich mit 40 % belastet werden sollte, braucht nur noch 20 % zu zahlen. Dagegen müssen einige italienische Stahlkocher nun erheblich höhere Beträge als vorher beim amerikanischen Zoll hinterlegen.

Die starken Unterschiede spiegeln die ungleichen Subventionspraktiken in der EG-Stahlindustrie wider. Die Verhängung von Strafzöllen mag somit als eine geeignete Lösung erscheinen, die zu mehr Wettbewerbsgerechtigkeit im Stahlsektor führen könnte. Doch würden sich die stärker belasteten Unternehmen und „ihre“ Regierungen kaum mit einer von den USA verordneten Schlechterstellung gegenüber EG-Konkurrenten auf dem US-Markt abfinden, so daß ein innergemeinschaftlicher Lastenausgleichsmechanismus gefunden werden müßte. Angesichts der verfahrenen Lage sind erstbeste Lösungen politisch nicht mehr durchzusetzen, sondern es kommt darauf an, Übergangsregelungen zu treffen, die eine Anpassung der Stahlindustrie an die durch weltweite Überkapazitäten und veränderte Wettbewerbsbedingungen gekennzeichnete Situation ermöglichen. Ein erweitertes Selbstbeschränkungsabkommen zwischen der EG und den USA, das auch Legierstahl und Röhren einbezieht, erscheint dabei als das geringere Übel. ko

Röhren-Gas-Geschäft

Transatlantischer Scherbenhaufen

Wer außenpolitisches Unverständnis aus innenpolitischen Gründen mit Altersweisheit und Prinzipientreue verwechselt, darf sich nicht wundern, wenn auch Freunde verschnupfen. Nach monatelangen Debatten war klar, daß die Reagan-Administration gegen das europäisch-sowjetische Röhren-Gas-Geschäft war und ist und

daß die Europäer zu diesem Geschäft stehen. Nach diesen Debatten und diversen Gipfelgesprächen von Washington aus zu versuchen, mit Embargo-Maßnahmen gegen europäische Firmen, Lizenznehmer und US-Tochterfirmen, das Geschäft zu Fall zu bringen, pervertiert denn doch den auch von den meisten Europäern im Grundsatz akzeptierten politischen Führungsanspruch der Vereinigten Staaten in der westlichen Welt. Die gegenwärtigen amerikanischen Forderungen nach einem Aufbau einer gemeinsamen Position in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sind daher nicht mehr – wenn auch nicht weniger – als das Gitter, das nun installiert werden soll, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist. Eine gemeinsame westliche Strategie gegenüber dem Ost-Handel steht schließlich schon seit Jahren auf der Tagesordnung und ist gerade anlässlich des Röhren-Gas-Geschäfts auf beiden Seiten des Atlantiks immer drängender gefordert worden.

Wieweit der transatlantische politische Scherbenhaufen beseitigt werden kann, wird die nähere Zukunft zeigen. Neben dieser Fehlentwicklung verblassen natürlich im Augenblick ökonomische Überlegungen. Langfristig kann allerdings auch die wirtschaftliche Basis des Westens durch den Embargo-Streit stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Die westlichen Volkswirtschaften verdanken ihren Wohlstand nicht zuletzt dem gegenseitigen Austausch von Ideen, Technologie, Kapital und Gütern. Nun ist es leider nicht unwahrscheinlich, daß insbesondere der Austausch von Kapital und Technologie in Zukunft dadurch gemindert wird, daß Volkswirtschaften und Unternehmen die Gefahr zu meiden trachten, sich einseitigen exterritorialen Souveränitätsansprüchen auszusetzen. ogm

US-Haushalt

Graduelle Kurskorrektur

Es ist gerade ein Jahr vergangen, seit Präsident Reagan als Kernstück seiner angebotsorientierten Wirtschaftspolitik umfangreiche Steuersenkungen durchsetzte. Doch angesichts der – teils als Folge der Steuerermäßigungen, teils rezessionsbedingt – ausufernden Haushaltsdefizite und der dadurch ausgelösten Verunsicherung der Finanzmärkte wurden im August dieses Jahres diverse Steueranhebungen beschlossen. Sie sollen in den nächsten drei Fiskaljahren insgesamt Mehreinnahmen von knapp 100 Mrd. Dollar bringen. Zugleich wurden Ausgaben im sozialen Bereich weiter gekürzt.

Während die bisher treuesten Anhänger dem Präsidenten „Verrat“ am eigenen Konzept vorwarfen, vertei-

digte Reagan das Programm mit der Begründung, daß es sich hauptsächlich um die verschärfte Anwendung bestehender Steuergesetze und die Schließung von Steuerschlupflöchern handele. Tatsächlich entfallen nur etwa 17 % der erwarteten Einnahmen auf „echte“ Steuererhöhungen (u. a. für Zigaretten).

So kann von einer Abkehr vom bisherigen Konzept nicht die Rede sein. Die fiskalische Entlastung wird trotz Steuererhöhungen per saldo weiterhin beträchtlich sein; schließlich wird die Einkommensteuer 1983, wie beschlossen, nochmals um 10 % gekürzt. Bei dem neuen Steuerprogramm handelt es sich lediglich um eine graduelle Kurskorrektur. Sie trägt der Einsicht Rechnung, daß – bei den geplanten Erhöhungen der Verteidigungsaufwendungen – Ausgabenkürzungen, die das Haushaltsdefizit in erträglichen Grenzen halten, nicht durchsetzbar sind. Immerhin war die Regierung einmal mit dem Anspruch angetreten, das Defizit in wenigen Jahren zu beseitigen. Statt dessen hat es sich seit Amtsantritt des Präsidenten zunächst nahezu verdoppelt.

ku

IWF-Jahrestagung

Amerikanische Ängste

Bereits im Vorfeld der 37. Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) mußte sich der Interims-Ausschuß u. a. mit den aktuellen und potentiellen Zahlungsschwierigkeiten der großen lateinamerikanischen Länder Mexiko, Brasilien und Argentinien, die in den letzten Jahren erhebliche Mittel auf den Euromärkten aufgenommen hatten, befassen. Eine Zahlungsunfähigkeit dieser Länder würde das internationale Finanzsystem und die Weltwirtschaft erheblich erschüttern. Da hiervon in erster Linie nordamerikanische Banken betroffen wären, schlugen die USA die Einrichtung eines Sonderfonds beim IWF vor, der Überbrückungshilfen für zahlungsunfähig gewordene Entwicklungsländer gewähren soll.

Der amerikanische Vorschlag stieß mit Recht bei der Mehrheit der Mitglieder des Interims-Ausschusses auf wenig Gegenliebe. Der Sonderfonds würde die „Inflationierung der Töpfe“ des IWF beschleunigen und schließlich den Fonds zum „lender of last resort“ für einen großen Teil der Eurogeschäfte machen. Aufgabe des IWF ist aber hauptsächlich die kurzfristige Zahlungsbilanzfinanzierung und die Bereitstellung von konditionierten Anpassungshilfen. Letztere Mittel sind jedoch bei den IWF-Mitgliedsländern höchst unbeliebt. Durch Mittelaufnahme auf den Euromärkten konnte man sich den Auflagen des Fonds entziehen und eine Wirtschaftspoli-

tik betreiben, die in den meisten Fällen dem Gebot des Zahlungsbilanzausgleichs zuwiderlief.

Die Schaffung eines Sonderfonds würde also das Gegenteil dessen erreichen, was dringend erforderlich ist. Er „zwingt“ die betroffenen Länder nicht in den Fonds, sondern reduziert das Risiko der Euromarktfinanzierung für die beteiligten Parteien. Die internationalen Banken würden dabei vom Sonderfonds besonders profitieren. Zahlungsausfälle würden durch den Sonderfonds gedeckt, möglicherweise sogar durch Eurokredite, und das alles mit einer quasi „Generalbürgschaft“ der großen Industrieländer.

ww

Polen

Umschuldung 1982

Bis zum 10. November muß die polnische Regierung ihre Kompromißfähigkeit in der Umschuldungsfrage bewiesen haben. Denn dann müssen für die staatlich nicht abgesicherten Bankkredite die Zinsen aus den ersten vier Monaten 1982 gezahlt sein. Dies ist Bedingung für die Unterschrift der Gläubigerbanken unter den Mitte August ausgehandelten Umschuldungskompromiß. Bis auf einen Punkt ähnelt dieser dem Modell des vergangenen Jahres. Neu ist die Bereitschaft der Banken, 50 % der Zinszahlungen für 1982 wieder als Kredit für notwendige Importe bereitzustellen.

Das Entgegenkommen der Banken in dieser Frage bedeutet die Aufgabe unrealistischer Positionen. Im Vorjahr war es auch noch darum gegangen, die sogenannte Regenschirmtheorie zu testen und auf die polnische Regierung Druck auszuüben. Den Polen blieb dadurch kaum mehr Luft zum Atmen. Daß hiermit auf die Dauer beiden Seiten nicht gedient ist, sehen die meisten Banken inzwischen ein; den Polen soll daher nun mehr Zeit für die Reorganisation ihrer Wirtschaft verschafft werden.

Das Abkommen 1982 ist aber nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Denn erstens müssen die Regierungen mit der Regelung der Fälligkeiten staatlich garantierter Kredite nachziehen, und zweitens sollte bereits jetzt das Problem der 83er Schulden angegangen werden. Eine langfristig geplante Reorganisation der Wirtschaft verlangt nämlich auch nach einer Kalkulierbarkeit des Schuldendienstes. Im nächsten Jahr werden wieder ca. 10 Mrd. Dollar fällig werden. Um der polnischen Regierung die Möglichkeit zu geben, sich bereits in ihrem Wirtschaftsplan für 1983 auf die tatsächlich zu leistenden Zahlungen einzustellen, sollten die Verhandlungen über die Umschuldung dieser Summe so frühzeitig wie möglich stattfinden.

gab